

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Poststelle 1 Mt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebühreneinsendung auf Postcheck. Alfred Riebel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Dem Verbandstag zum Gruß!

Seit seinem 43jährigen Bestehen tagt für unseren Verband erstmalig das gefestigte Parlament in unserer schwäbischen Heimat. Wir haben es freudig begrüßt, als in Dresden dieser Beschluß zustande kam. Damals hatten wir allerdings nicht geahnt, daß nach drei Jahren schon soviel Feindschaft und soviel Kraft auf die Zerstörung dessen konzentriert werden könnte, was unsere tapferen Kämpfer erstritten. Warum überhaupt? Nun, weil das deutsche Volk, voran die organisierte Arbeiterschaft, die Folgen des Krieges auch diejenigen teilweise fühlen ließ, die wesentlich das Unglück verschuldet haben.

Im Kampf um Koalitionsfreiheit und Anteil am Ertrag der Arbeit haben unsere Ältesten in Stuttgart längst die Führung mit den Kollegen anderer deutscher Städte aufgenommen. Uns verbindet mit unseren Kollegen im Norden, im Osten und Westen des Reiches seit vielen Jahren ein starkes Band der Solidarität. Bereits im Jahre 1872 war Stuttgart auf dem von Ignaz Auer einberufenen ersten Sattlerkongress in Berlin durch einen Kollegen (Stork) vertreten. Die Militäratteller waren es vor allem, die reges Interesse an den Verhältnissen anderer deutscher Orte bekundeten. Aber auch in der späteren Entwicklung war Stuttgart für die in der Reiseartikelfabrikation beschäftigten Sattler und Portefeuille einer der rührigsten Plätze unseres Verbandes. Auch die Tapezierer hatten schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine festgefügte Organisation. Diese waren aber wegen ihrem vorwiegend handwerksmäßigen Charakter nicht so stark auf Verbindung mit anderen Plätzen angewiesen. Daher auch der verhältnismäßig späte Uebergang von der Lokal- zur Zentralorganisation. In der späteren Folge entwickelten sich ansehnliche Betriebe in der Möbel- bzw. Klummbelbranche. Die Verwaltungsstelle Stuttgart im Rahmen der Zentralorganisation hat eine gute Entwicklung genommen. Die Gründung der Filiale erfolgte am 1. März 1890. Im ersten Jahrzehnt bis zum Jahre 1900 war der Kampf um die Ausbreitung für die Organisation äußerst mühevoll, vor allem wegen dem damals noch vorhandenen Kost- und Logiswesen. Die raschere Entwicklung erfolgte in den Jahren 1900 bis 1910. Hier war der Zugang sowohl bei den Sattlern wie auch bei den Tapezierern verhältnismäßig stark.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung nach gewissen Zeitabständen:

	Sattler	(weibl.)	Tapezierer	(weibl.)	zusammen
1890	70	—	96	—	166
1900	113	1	115	—	229
1905	179	5	99	—	283
1910	440	42	282	1	765
1914	455	57	315	2	825
1926	974	188	446	56	1664
vereintigt:		männlich	1420	weiblich	244
1925			1439		269
1926			1051		1267
1929			1099		1548
1931			832		285
1932 (30. Juni)			753		252

der Miswirtschaft anmahender Fürsten seines Landtagsmandats für die Stadt Reutlingen beraubt wurde und zu Kerker verurteilt worden ist, ist weit über die Grenzen Württembergs hinaus bekannt. Mehr noch der unsterbliche, für seine Zeit stürmisch vorwärtsdrängende Dichter Friedrich Schiller und Friedrich Hegel, der große Philosoph.

Die Kämpfe der aufstrebenden modernen Arbeiterschaft Deutschlands nahmen nicht selten ihre Zuflucht zu unserem freieren Württemberg und befruchteten auch unser politisches und gewerkschaftliches Leben. So entstanden auch starke gewerkschaftliche Zusammenschlüsse, vor allem bei den Metallarbeitern, den Buchdruckern, den Buchbindern, im Baugewerbe und anderen frühzeitig.

Eines der ersten Arbeitersekretariate Deutschlands wurde in Stuttgart errichtet. Die Dorkämpfer der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung in Stuttgart waren vor allem der im Jahre 1908 verstorbene Reichstagsabgeordnete Carl Cloß, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, Theodor Leipart, der jetzige Bundesvorsitzende des ADGB, Alexander Schäcke, der frühere Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, und Hermann Mattutat, der frühere langjährige Arbeitersekretär. Heute ist das Geschaffene an Freiheit und Recht auf Grund



Stuttgart - Mackplatz

Während des Weltkrieges wurde die Organisation wacker aufrechterhalten, trotzdem mancher tapfere Kollege aus unseren Reihen gerissen wurde. Nach der Verschmelzung mit den Tapezierern waren wir zur drittstärksten Verwaltungsstelle des Verbandes aufgerückt. Wenn dieser Platz heute wieder umstritten ist, so vor allem wegen dem Darniederliegen der Möbel- und Reiseartikelfabrikation. Außer diesen beiden Branchen haben wir einen tüchtigen Stamm in der Auto- oder Fahrzeugbranche, vor allem bei Daimler-Benz. Das Kleingewerbe tritt in der Beschäftigungsziffer immer mehr in den Hintergrund, ebenso auch die Ledertreibriemenindustrie.

Allgemein betrachtet kann Stuttgart auf eine rege gewerkschaftliche Arbeit zurückblicken. Die politische Entwicklung des Landes trug frühzeitig den Charakter freiheitlicher Regung. Es ist kein Zufall, daß in Stuttgart bis in den letzten Jahren hinein verschiedene Gewerkschaften, darunter die größten, ihren Hauptsitz hatten. So die Metallarbeiter, die Holzarbeiter, die Buchbinder u. a.

Unsere schwäbische Heimat darf ohne Ueberheblichkeit von sich sagen, daß sie im Kampf um Freiheit und Volksrechte tüchtige Männer hervorgebracht hat. Friedrich List, der schon im Jahre 1820 wegen seiner Kritik an dem Gebaren und

wirtschaftlicher Schwierigkeiten (weitest gehend als Kriegsfolgen) von brandenden Wogen der Reaktion umgeben und bedröht. Die Reaktion hebt ihr Haupt kühn und kühner. Anstatt „Völker aller Länder vereinigt Euch!“ rufen sie auf zu neuem Haß. Sorgen wir als Teil der fortschrittlich gesinnten Arbeiterschaft dafür, daß das drohende Unheil, die Zerstörung alles dessen, was mühsam geschaffen wurde, abgewendet wird, indem wir die Waffen schmieden, die geeignet sind, Nöte zu überwinden, die Geschlossenheit zu erhalten, Kampf und Notgemeinschaft im wahren Sinne des Wortes lebendig werden zu lassen, damit der Weg freigemacht wird für zielbewußte Führung der Wirtschaft im Bunde mit anderen Völkern, ein Weg, der allein vorwärts und aufwärts führen kann.

In diesem Sinne rufen wir den Delegierten und allen Teilnehmern unseres Verbandstages zu:

Willkommen in Stuttgart!

Im Kampf für die Freiheit!

Wilhelm König.

Der Kampf geht weiter!

Das durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg eingeleitete Reichskabinett v. Papen hat durch einen Handstreich das preussische Ministerium Braun-Edering seines Postens entbunden und durch einen Reichskommissar ersetzt. Um zu dieser Handlung einen Vorwand zu haben, wurde gegen die preussische Regierung der Vorwurf erhoben, sie habe sich bei Ausübung ihrer Polizeigewalt Rechtswidrigkeiten zuschulden kommen lassen.

Zu dieser Amtsenthebung des preussischen Ministerpräsidenten und der übrigen Minister war nicht der geringste Anlaß gegeben. So stellt der bekannte Münchener Staatsrechtler Prof. Rawasch in einem Gutachten über den Streitfall zwischen Preußen und dem Reichskabinett fest, daß nicht nur die Voraussetzungen für eine Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegen Preußen nicht gegeben seien, sondern es habe auch der Umfang der angewandten Reichsgewalt das überhaupt in Betracht kommende Maß weit überschritten. „Es habe bei diesem Schritt jedes rechtliche Verständnis für die rechtliche Grundlage gefehlt.“

Die vorübergehende Verhängung des Belagerungszustandes über Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg, das Verbot einer Reihe von Arbeiterblättern, darunter des „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, und eine Reihe anderer Regierungsmaßnahmen haben bei

der politisch aufgeklärten Arbeiterschaft die größte Erregung und Empörung hervorgerufen. Der Bundesvorstand des DGB hat in einer Entschlieung, die wir in Nr. 31 veröffentlicht haben, zu der neuen Situation Stellung genommen und die Arbeiterschaft aufgefordert, trotz aller Schwierigkeiten und Schikanen die Ruhe zu bewahren und am 31. Juli ihr Wahlrecht auszuüben.

Partei Vorstand und Parteiauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben ebenfalls in einem Beschlusse an die Wähler appelliert und das gewaltsame und verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gebrandmarkt. Der Beschlusse sagt u. a.: „Der gewaltsame Eingriff, der von den Nationalsozialisten gefordert und von der Reichsregierung vollzogen wurde, hat die verantwortungsireubige Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei am preussischen Freistaat vorläufig unterbrochen. Wie im Reiche ist jetzt auch in Preußen die Alleinherrschaft einer dünnen Oberschicht ausgerichtet und jeder Einfluß der breiten werttätigen Massen völlig ausgeschaltet worden. Es liegt jedoch in der Hand des Volkes, durch die Wahl von Sozialdemokraten am 31. Juli die gestörte Rechtsordnung der Republik wiederherzustellen und sich selber den gebührenden Einfluß zu verschaffen.“

Am Sonntag, dem 31. Juli, hat nun die Reichstagswahl stattgefunden. Das vorläufige Wahlergebnis liegt vor uns.

	Am 31. Juli 1932		Am 14. September 1930	
	Stimmen	Wahlante	Stimmen	Wahlante
Sozialdemokraten	7 951 441	133	8 575 343	143
Zentrum	4 487 602	75	4 126 983	68
Bayerische Volkspartei	1 179 721	22	1 058 637	19
Deutsche Staatspartei	371 334	4	1 322 039	16
Kommunisten	5 263 719	89	4 590 179	77
Deutschnationale Volkspartei	2 175 348	37	2 457 680	42
Nationalsozialisten	13 741 912	230	6 406 397	107
Deutsche Volkspartei	435 826	7	1 577 381	30
Wirtschaftspartei	146 730	2	1 361 761	23
Deutsches Landvolk	91 316	1	1 108 145	21
Sozialer Volksdienst	364 634	4	869 613	21
Kleinere Gruppen	160 000	3	900 807	20

13 741 912 Stimmen haben die Nationalsozialisten, 2 175 348 Stimmen die Deutschnationalen erhalten. Darunter sind Hunderttausende von Stimmen aus den Reihen des werttätigen Volkes, die den Versprechungen der Agitatoren dieser im Grunde arbeitserfeindlichen Parteien erlegen sind. Am Wahltag waren achtzehn Jahre verfloßen, seitdem verbrederrischer Wahnsinn im Dienste des Imperialismus den Weltkrieg entfesselte. Achtzehn Jahre: An ihrem Beginn steht der Weltkrieg — an ihrem Ende die kapitalistische Weltkrise. Massenmord und Massenelend sind die Wahrzeichen des Kapitalismus unserer Zeit. So wie der Kapitalismus, seinen Gesetzen folgend, den Weltkrieg entfesselte und die Menschheit in

eine vier Jahre währende Nacht des Schreckens führte, so hat er nun die Menschheit in die Weltkrise geführt, die die ganze kapitalistische Welt, Sieger und Besiegte, Industrie- und Agrarländer erfasst hat. Wer Frieden, Arbeit und Brot für alle sichern will, muß liberal mit der Arbeiterschaft kämpfen für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wenn es trotzdem noch große Massen Verblender gibt, die sich von den Vorpiegelungen der Nazis haben betören lassen und bei der Reichstagswahl ihre Stimme für die Feinde der eigenen Klasse abgegeben haben, so gilt es für uns doppelt auf dem Posten zu sein. Der Wahlkampf, der hinter uns liegt, ist mit größter Erbitterung und Zähigkeit geführt worden.

Deshalb wollen wir aller der Genossen und Genossinnen gedenken, die mit Aufopferung und unter Einsehung ihrer ganzen Person, ja oft ihres Lebens, wochenlang für den Sieg des Proletariats gearbeitet und dazu beigetragen haben, daß das vorliegende Wahlergebnis, trotz aller Hemmnisse durch reaktionäre Gegner, errungen wurde.

Jetzt gilt es, die Klärungsarbeit ohne Rast und Ruhe fortzusetzen, um den Willkuren von politisch Blinden, die sich bei dieser Wahl noch der Führung reaktionärer Regierungsparteien anvertraut haben, die Augen zu öffnen, damit sie ihre wahren Feinde erkennen.

Auch für die Zukunft wird die Parole der aufstrebenden Arbeiterklasse lauten:

Durch Nacht zum Licht!
Durch Kampf zum Sieg!

NSBO.

Nach dem Muster der Kommunistischen Partei hat nun auch die NSDAP, besonders Betriebszellen gebildet. Aufgabe dieser Zellen soll es sein, die Arbeitnehmer in den Betrieben für die Bestrebungen der NSDAP zu gewinnen, über die Betriebe dann die Gewerkschaften zu erobern und diese zu Organen der Partei umzugestalten. Es sind also die gleichen Ziele, die seitens der Kommunistischen Partei mit der Schaffung der RGD verfolgt werden. Am Endziel läuft beides also auf das gleiche hinaus: auf die Beseitigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit und damit auf die Zertrübung der Gewerkschaften selbst. Denn wenn die Herrschenden erst nicht mehr die Freiheit der Entscheidung in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben haben, dann ist es mit ihrer Wirksamkeit für die Interessen der Mitglieder endgültig vorbei.

Alle Gewerkschaften halten deshalb mit Recht die Zugehörigkeit zur RGD, oder zur NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) und die Betätigung für die Bestrebungen dieser Gebilde für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.

Es erscheint deshalb nötig, die Kollegen vor der Tätigkeit dieser gewerkschaftsfeindlichen Elemente zu warnen. Man kann nicht gleichzeitig Verbandsmitglied sein — sich also zu den Grundzügen des Verbandes bekennen — und dann auch noch einer Organisation angehören, die auf die Vernichtung des Verbandes in seiner jetzigen Gestalt hinzielt. Zum Vetter der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation ist nach einer Mitteilung, die der „Deutsche“, das christliche Gewerkschaftsorgan, macht, der frühere Syndikus der Arbeitgeber für das Baugewerbe, ein Dr. Fochem in Köln a. Rh. ernannt worden.

Nachdem er von den Unternehmern gegangen worden ist und nach dem ergebnislosen Versuch, auf den Krüden einer großen Partei an eine ihm begehrenswerte einnehmende Stelle zu kommen, machte er dann den großen Sprung nach rechts und gibt dort nun den „Führer“ ab.

Wenn etwas geeignet ist, den arbeitserfeindlichen und unternehmerfreundlichen Charakter der NSDAP erkennen zu lassen, so die hier wiedergegebene Mitteilung.

Betreffend wasserfeste Klebmittel für Leder.

Der praktische Wert eines Klebmittels hängt in erster Linie von seiner Klebkraft ab, erst in zweiter Linie spielen Elastizität, Trocknungschnelle, Bequemlichkeit der Verarbeitung usw. eine Rolle. So wie Leder zu kleben ist, sind die Anforderungen recht verschieden, je nachdem ob Luxus- und feine Lederartikel, ob Geschirrläder, Schuhe oder Treibriemen zu fitten sind. Besonders die letzteren sind es, bei welchen die Klebkraft das Ausschlaggebende ist und die übrigen Gesichtspunkte zurücktreten. Die in historischem Rückblick angeführten Zellulosepräparate haben aber gerade in dieser Beziehung nicht befriedigend können. Auch die derzeitigen erfolgreicheren Nitro- und Äthylzellulosekombinationen bleiben zweifellos noch weiter verbesserungsbedürftig. Noch lange Versuchsreihen sind nötig, um auf diesem Gebiete Fortschritte zu machen. Das Auflegen des Zelluloseklebmittels in trockner Blatt- oder Folienform bedeutet an sich keinen chemischen Fortschritt, keine Erhöhung der Bindekraft, aber in mancherlei Fällen eine mechanische Vereinfachung, die sich bei Ungeübten in besserer Klebearbeit auswirkt, während der routinierte Praktiker mit flüssigen Anstrichen solide und zuverlässige Bindungen erzielt. Die Idee, Zelluloid zum Kleben nicht ganz aufzulösen, sondern nur mit Lösemittel anzufeuchten und klebfähig zu machen, also in Form von Filmen und Blättern zu verarbeiten, ist ebenso wenig neu wie die Tatsache der Klebfähigkeit von Zelluloid oder Zellulosefilmen überhaupt; sie hat in der Vergangenheit wohl vor allem deshalb so wenig Beachtung gefunden, weil das einfache Verpinseln auf allen Größen und Formen des Leders natürlich das praktischste war. Die Neuerung, welche das Patent 445 405 bringt, besteht denn auch nicht in der Verwendung von

solchen Folien für Klebzwecke überhaupt, vielmehr ist nur die Verbesserung solcher Klebefolien patentiert, welche ein schnelleres Anhaften und Verarbeiten bezweckt. Das einfache Mittel der Durchsichtung bewirkt bligartige Durchdringung der Blätter mit Lösemittel. Das kann für große Flächen, wie zum Beispiel beim Imprägnieren und Kleben von Leinwandbahnen bedeutsam sein, beim Kleben von Ledertreibriemen aber — wo sowieso beide Lederflächen mit der flüssigen Lösung bestrichen werden müssen — erzielt glatte Folie gleichgute Bindung, wie durchlöcher.

Völlig irrig ist die hier und da verbreitete Ansicht, daß Folien härtere Klebkraft haben als flüssige Zellulosederivate. Das Gegenteil ist der Fall: Ziemlich alle Zutaten zur Zellulose bzw. Natriumwolle, welche die Klebkraft erhöhen und welche Gegenstand von Patenten bilden (die Marken führender Firmen), sind in flüssiger Form in den Präparaten enthalten, weil zum Teil anders (also trocken) gar nicht möglich. (So auch bei dem Cobesol der IG. F.) Es sind also die flüssigen Ingrediven, welche die Qualität des Lederklebes ausmachen und die in Folienform nicht möglich sind. Diese Erkenntnis sollte den Vätern schätzen, der trocken Form des Klebmittels übertriebenen Wert beizulegen, wie das in der Weltlage häufig geschieht. Weisheit begeistert es mehr, mit schönen trocknen Folien zu arbeiten als mit lebriger Flüssigkeit, aber der verantwortungsbewusste Riemenmacher läßt sich durch Bequemlichkeit und Neugierlichkeit nicht täuschen. Er erkennt, daß der erste flüssige Anstrich, den man durch leichtes Antrocknen in der Lederfaser fest verankern läßt, fester und somit sichere Wirkung hat als dünne Lösungen, die man nicht antrocknen läßt und die nur zum Aufquellen der eingelegten Trodenfolie dienen. Gerade diese Einwirkung des flüssigen, chemisch wirksamsten Mittels ist bei Treibriemen zweifellos ausschlaggebend.

Die Folienform der Zellulosederivate ist aber für mancherlei Lederarbeiten praktisch und bleibt eine recht nützliche Ergänzung des flüssigen Klebstoffes, der durch seine chemische Zusammensetzung den eigentlichen Grad der Bindekraft bestimmt. J. C.

Webleder für Lederwaren.

„Bugus und Bedart“ enthält folgenden Bericht über ein neues Ledermaterial:

„In Süddeutschland kam dieser Tage ein neues Ledermaterial auf den Markt, das dazu berufen erscheint, eine entsprechende Abwechslung in die Erzeugnisse der Lederwarenindustrie zu bringen. Es handelt sich um ein Webleder, das patentamtlich geschützt ist. Bei flüchtiger Betrachtung könnte man dieses Material leicht für ein Leder gehalten halten, wie es in den vergangenen Jahren bereits in mannigfaltigen Ausführungen herausgebracht worden ist, wenn nicht die gleichzeitige Verwendung von Textilien auffiele. Die Bestandteile dieses Webleders lassen erkennen, daß hier Lederstreifen mit Seidenzwirn, Hanf oder Wolle durchgewirkt wurden. Der Fabrikationsgang gleicht auch völlig der Herstellung von Textilien, denn das Webleder wird tatsächlich auf Handwebstühlen fabriziert, wobei die Kette aus Lederstreifen und der Schuß aus den erwähnten Textilmaterialien besteht. Die Fabrikationsart bringt es mit sich, daß jedes beliebige Format erzeugt werden kann, wodurch der Verwendungsmöglichkeit in dieser Richtung keine Schranken gesetzt sind. Das fertige Gewebe ist absolut fest aneinander gefügt, und die Fabrikationstechnik gestattet eine beliebige Verarbeitung. Die Eigenart des Materials wird durch die vielseitigen Farbzusammenstellungen unterstrichen.“

Sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit.

Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die für das Jahr 1932 zu erwartende Durchschnittsarbeitslosigkeit im Reich auf annähernd sechs Millionen. Dabei sind nur die auf Grund der Beschäftigungszahlen bei den Arbeitsämtern gerechnet. Diese Angaben umfassen also nur die „sichtbare“ Arbeitslosigkeit. Daß es darüber hinaus noch eine erhebliche „unsichtbare“ Arbeitslosigkeit gibt, zeigen Berechnungen, die man an Hand der Beschäftigungszahlen der Krankenkassenstatistik anstellen kann. Freilich sind aus einer Reihe statistischer Gründe die Ergebnisse nicht völlig eindeutig und schlüssig. Immerhin besagen sie jedoch, daß außer den 5½ Millionen Arbeitslosen, die die Arbeitsämter umfassen, noch eine „verborgene Reserve“ des Angebots an Arbeitskräften vorhanden ist, deren untere Grenze bei einer Million und deren obere Grenze bei vielleicht zwei Millionen liegen kann.

Freiwilliger Arbeitsdienst oder getarnte Arbeitsdienstpflicht.

Die Reichsregierung hat in einer Verordnung vom 16. Juli 1932 eine neue Fassung für den freiwilligen Arbeitsdienst verkündet. Nach Artikel 1 dieser Verordnung soll der freiwillige Arbeitsdienst dem jungen Deutschen Gelegenheit geben „zum Nutzen der Gesamtheit in gemeinsamen Dienste freiwillig ernste Arbeit zu leisten und zugleich sich körperlich und geistig-jütlich zu ertüchtigen“.

Artikel 2 sagt: 1. Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zugleich zusätzlich sein. Der Arbeitsdienst darf nicht zu einer Verringerung der Arbeitsgelegenheit auf dem freien Arbeitsmarkt führen; er muß sich auf Arbeiten erstrecken, die weder jetzt noch auf absehbare Zeit ohne Einfluß des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommen werden können.

2. Der freiwillige Arbeitsdienst dient der Gesamtheit; er darf nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht werden.

Mit der Leitung des Arbeitsdienstes ist Herr Dr. Stryum, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betraut worden. Als Träger der Arbeit wurden die Landesarbeitsämter vorgeschlagen.

Weider können wir nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate nicht sehr fest darauf vertrauen, daß nunmehr mit dieser neuen Verordnung eine endgültige Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes geschaffen ist. Auf einer Tagung der Vereinten Handelskammern Bochum, Dortmund, Essen, Münster wurde nach einem Referat des Leiters der „Dinta“, Oberingenieur Arnhold, eine Entschlieung angenommen, die sehr deutlich zeigt, wie man sich in den Kreisen dieser Industriemagnaten die Sache denkt. Gefordert wird:

„Die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland erscheint uns angesichts der verheerenden seelischen und materiellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf unsere Jugend ein Ziel zu sein, dessen Verwirklichung mit allen Kräften zu erstreben ist. Die Schwierigkeiten der Finanzierung brauchen trotz unserer verzweifelten finanziellen Lage nicht unüberwindlich zu sein, wenn in Zielsetzung und Durchführung wirtschaftlich verfahren wird. . . Eine . . . Voraussetzung zum Gelingen des Ganzen scheint uns zu sein, daß das Ganze schrittweise aus dem freiwilligen Arbeitsdienst entwickelt wird. Nur so kann man den ideellen Gehalt der Arbeitsdienstpflicht verwirklichen. . .

Von vielen geistigen, politischen und wirtschaftspolitischen Richtungen her wird zur Zeit an der Verwirklichung der Idee der Arbeitsdienstpflicht gearbeitet. Es besteht die Gefahr, daß sie sich gegenseitig . . . den Rang abzulaufen suchen. Wir richten deshalb an all diese Stellen den dringenden Appell, sich bald zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden, damit aus der Fülle der zum Teil sehr guten Ideen sich bald ein Plan herauschält, dessen Verwirklichung Deutschland vorwärtsbringt.“

Der Nationalsozialist Oberst Hietl hat im Auftrage seines Chefs Hitler bereits einen ganzen Entwurf über „Sinn und Gestaltung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht“ ausgearbeitet. Was dabei dem deutschen Volke zugemutet wird, grenzt in vielen Positionen an die Wiedererführung der Weibergschaft. Dabei sind sich die Dafs der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei offensichtlich darüber klar, daß sich die Arbeiterpartei nicht freiwillig der Zwangsarbeit fügen wird, wie sie der Entwurf Hietls ankündigt. Es werden deshalb die brutalsten Strafbestimmungen vorgeschlagen, um die Widerstrebenden unter dem Druck der Knute zu halten. Der nationalsozialistische Entwurf sieht unter anderem vor:

„Dazu ist notwendig, daß eine auf nationaler und sozialer Grundlage bestehende Regierung ihre Macht rücksichtslos zur Unterdrückung jeden Versuchs einer Sabotage des Arbeitsdienstes einsetzt.“

In unserem Gesetzentwurf zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht sind daher folgende Schußbestimmungen vorgesehen:

§ 16. Wer sich der Arbeitsdienstpflicht vorsätzlich und rechtswidrig entzogen hat oder wer der Einberufung zum Arbeitsdienst vorsätzlich und rechtswidrig nicht Folge leistet, wird nach der vom Reichskanzler zu erlassenden Strafrechtsordnung des deutschen Arbeitsdienstes bestraft. Schuldhaft verurteilter Arbeitsdienst ist nachzudienen.

§ 19. Am Tage ihrer Musterung sind die zur Musterung Berufenen Angehörige des deutschen Arbeitsdienstes und unterliegen den für diesen geltenden Gesetzen und Bestimmungen.

§ 20. Wer es unternimmt, in der Deffentlichkeit in Wort, Schrift, Bild oder in anderer Weise den deutschen Arbeitsdienst verächtlich zu machen oder sonst herabzuwürdigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Wer einen Arbeitsdienstspflichtigen aufreizt, der Einberufung zum Arbeitsdienst nicht Folge zu leisten oder wer einen Angehörigen des Arbeitsdienstes aufreizt, eine Widerfähigkeit, Gehorsamsverweigerung oder Wertbeschädigung (Sabotage) zu begehen, wird mit Zuchthaus bestraft.

Für schwer vorbestrafte oder besonders widersätzliche Arbeitsdienstpflichtige sollen eigene „Besserungsabteilungen“ gebildet werden.“

Vorläufig ist dieses Geistesprodukt des Herrn Hietl nur ein Entwurf. Die bisherigen Leistungen des Kabinetts von Papen zeigen uns jedoch eine außerordentliche Heißhürigkeit für die Wünsche der Nazis und der Industrieemagierten. Der Verfassung der Verordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst im „Reichsanzeiger“ hat die Regierung die folgende Erklärung beigefügt: „Die Reichsregierung hat in der Verordnung vom 16. Juli dem freiwilligen Arbeitsdienst eine Verfassung gegeben. Sie behält sich vor, diese entwicklungsfähige und förderungswürdige Einrichtung weiter auszubauen. Der Reichskommissar wird beauftragt, über seine Erfahrungen zu berichten und ein Gutachten über die notwendigen Voraussetzungen und die zweckmäßige Form einer Arbeitsdienstpflicht zu erstatten. Das Gutachten wird der Deffentlichkeit zur Beurteilung zugehen.“ Aus dieser Erklärung ist zu ersehen, daß man von der gegenwärtigen Reichsregierung auf diesem Gebiet nach allerhand Ueberraschungen erwarten kann.

Der Bundesvorstand des ADGB hat in einer Denkschrift, die an die Reichsministerien, Länderregierungen und zahlreiche Körperschaften gelangt wurde, mit aller Schärfe gegen die Einführung der Arbeitsdienstpflicht Protest erhoben. Zugleich wendet er sich gegen jeden Mißbrauch des freiwilligen Arbeitsdienstes, wie er heute von zahlreichen Stellen propagiert und auch praktisch geübt wird. Es heißt in der Denkschrift:

„Arbeitsdienstpflicht, ob mit oder ohne Zwang, lehnen die Gewerkschaften ab, weil ihm vielfach ein Sinn unterlegt wird, den ein freier Arbeiter niemals annehmen kann.“ Es wird hingewiesen auf die große Gefahr, die bei einer entsprechenden Ausbreitung dem Arbeitsmarkt droht. Schon heute werden zahlreiche Arbeiten im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführt, das heißt, praktisch zu zBhnen, die an die Bühne der indischen und chinesischen Kulte erinnern, obwohl diese Arbeiten durchaus notwendig sind und den freien Arbeitsmarkt befruchten können.

Vielfach werden heute ganz reguläre öffentliche Arbeiten, die selbst bei den geschwächten Finanzen der öffentlichen Hand ausgeführt werden müßten, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes hergestellt. Der freiwillige Arbeitsdienst verschlechtert in all diesen Fällen nur den freien Arbeitsmarkt, er bringt keine Milderung, sondern eine Verschärfung der Arbeitsmarktkrise hervor. Zugleich gefährdet er die Lohnbasis aufs äußerste. Die Denkschrift macht auf diese Gefahren aufmerksam und weist den einzigen richtigen Weg, nämlich die Schaffung einer „Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend“. In erster Linie fordert sie Schulungsmaßnahmen, daneben allerdings auch Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie sagt: „Die Arbeitslosenfürsorge darf sich nicht nur darauf beschränken, die Erwerbslosen durch färgliche Unterstüßungen vor dem Verhungern zu bewahren, sondern sie muß außerdem den zerrüttenden Einflüssen jahrelanger Arbeitslosigkeit entgegenwirken durch die Erschließung von Arbeits- und Betätigungsmöglichkeiten.“ Insbesondere die erwerbslose Jugend muß vor den seelischen Gefahren der Beschäftigungslosigkeit geschützt werden.“

Gefordert wird in erster Linie die Organisation einer systematischen Arbeitsschulung. Für die arbeitslosen Schulklassen wird der Besuch eines weiteren freiwilligen Schuljahres vorgeschlagen, wobei gleicherweise Einrichtungen der Volks- und

Berufsschulen berücksichtigt werden sollen. Weitere Maßnahmen gelten für die arbeitslosen an- und ungelerten Jugendlichen, die bereits Anstuf auf den Arbeitsmarkt gefunden hatten, nun aber bereits jahrelang arbeitslos sind, und für die Lehrlinge, die ihre Lehre nicht vollenden können, weil der Betrieb stillgelegt ist. Gefordert wird für letztere die Errichtung von Sammellehrstätten, die die Möglichkeit zur Vollendung der Berufsausbildung sichern. Räumliche Möglichkeiten bieten die Werkstätten der Berufsschulen, aber auch leerstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten und Baupläge. Für die un- und angelernten Jugendlichen wird ein zusätzlicher Berufsschulunterricht gefordert. Außer der beruflichen Weiterbildung soll auch für die Allgemeinbildung und die sportliche Betätigung der Jugendlichen georgt werden.

Für die Arbeiterpartei gilt es, mit allen Mitteln den Kampf gegen jede Einschränkung der Arbeitsfreiheit aufzunehmen, um die Anschläge der Reaktion zunichte zu machen.

Maschine oder Mensch?

Seit langem liegt die Konjunktur in der Lederwaren- und Kofferartikelindustrie danieder. So waren Ende Juni dieses Jahres 66,7 Proz. aller organisierten Kollegen und Kolleginnen dieser Branche unseres Verbandes arbeitslos, 14 Proz. arbeiteten verfürzt. Die Schutzpolitik, die die Reichsregierung vorwiegend im Interesse der Landwirtschaft betrieben hat, wurde von mehreren bisher deutsche Lederwaren einführnden Staaten damit beantwortet, daß dieselben ihrerseits Zollschranken zur Erschwerung der deutschen Einfuhr errichtet haben. Dazu kommt, wie besonders die Vorgänge in England zeigen, das Streben einiger dieser Staaten eine eigene leistungsfähige Lederwarenindustrie zu schaffen.

Die Versuche, den Absatz von Lederwaren und Kofferartikeln durch Senkung des Preisniveaus zu forcieren, hat eine Belebung des Marktes ebenfalls nicht gebracht. Trotzdem ist auf diesem Gebiet noch allerlei zu erwarten. Die Technik ist dauernd bei der Arbeit, um neue Wege zu finden, um die Produktion noch mehr zu mechanisieren und die menschliche Arbeitskraft und hierbei wieder den gemerten Facharbeiter auszufalten. So berichtet die „Mz“ über die Patentierung eines Verfahrens zur Herstellung von Steppnähten, Ziernähten und dergleichen an Lederwaren und ähnlichen Gegenständen, wodurch der Fertigungsbergang dieser Gegenstände erheblich beschleunigt, vereinfacht und verbilligt werden soll und wobei an die bei der Handfertigung dieser Nähte bislang notwendige Geschicklichkeit, Erfahrung und Fertigkeit des Arbeitspersonals erheblich geringere Anforderungen gestellt werden als bisher. . . Da bei der neuen Vorrichtung im wesentlichen nur das Einlegen der Werkstücke in den Werkstückhalter und das Fortnehmen nach Fertigstellung der Nähte von Hand zu besorgen ist, so kann eine billige Arbeitskraft mehrere mit der neuen Vorrichtung ausgerüstete Maschinen gleichzeitig bedienen.“

Die qualifizierten Stepperrinnen können eben dann ruhig stempeln gehen.

Eine weitere patentierte Erfindung betrifft eine Mehrfach-Nietmaschine mit mehreren Nietstößeln und Zuführungsvorrichtungen. Die Firma Müller und Kurth, K.G., Offenbach a. M., hat eine neue „Streich“-Maschine herausgebracht. Mittels dieser neuen Erfindung soll es möglich sein, alle vorkommenden Streicharbeiten tadellos sauber, exakt und rationell, sowohl an Teil- als auch an Fertigfabrikaten auszuführen.

Man sieht, die Verdrängung der Menschenarbeit durch die Maschine ist dauernd in Fluß. Allerdings mehren sich die Anzeichen, daß auch hier gewisse Grenzen gesetzt sind. Wo der notwendige Massenkonsum fehlt, nützt auch die wunderbare Maschine nichts mehr. Aus Dresden kommt uns die Mitteilung, daß über das Vermögen des Ingenieurs H. Eisner, Inhaber der Firma Eisner-Werke, Dresden, die sich vorwiegend mit der Herstellung von Spezialmaschinen für die Lederwaren- und Kofferindustrie befaßt, zur Abwendung des Konkurses das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet wurde. Die Ursache dazu dürfte zum Teil im Fehlen ausreichender Aufträge zu finden sein.

So tritt immer schärfer die Tatsache hervor, daß eine Konjunktur nur dann möglich ist, wenn die Konsumanten der Produktion beschäftigt sind und ausreichend verdienen. Leider ist unter der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht damit zu rechnen, daß dieses System geändert wird. Nur mit Hilfe starker Organisationen wird es den arbeitenden Schichten des deutschen Volkes möglich sein die Produktion unter einer neuen Wirtschaftsform so auszubauen, daß die Fortschritt der Technik der gesamten Menschheit zum Segen werden.

40 Jahre in Treue zum Verband.

Hermann Krebs, Leipzig.

Am 17. Juli dieses Jahres gehörte unser Kollege, der Sattler Hermann Krebs, 40 Jahre unserem Verband an. Nach Beendigung seiner Lehre meldete er sich beim Kollegen Sollenbach zur Mitgliedschaft an in die damals noch kleine, aber von hohen Idealen besetzte Berufsgemeinschaft. Kaum 18jährig schnürte unser Kollege Krebs sein Bündel und ging aus seinem Heimatstädtchen Penig i. Sa. auf die Wandererschaft. In Köln a. Rh. fügte es der Zufall, daß er im Jahre 1896 bei einer Reise den Kollegen O. Steiner, den wir vor einigen Monaten zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum beglückwünschen konnten, kennenlernte. In Leipzig fand die Wanderzeit des Kollegen Krebs ihr Ende und hat er hier jederzeit der Bewegung seine Kraft zur Verfügung gestellt. Einige Jahre war er Kartellvertreter der Verwaltungsstelle Leipzig, dem Vorstand der hiesigen Sattlerrentenfajfe gehörte er 15 Jahre an. Auch in der Parteibewegung hat Krebs jederzeit seine Pflicht getan. Ein Beispiel für die Jugend, ihm nachzueifern. Wir danken dem Jubilar und wünschen ihm für die kommende Zeit alles Gute.

Der Hauptvorstand. Die Ortsverwaltung Leipzig.

Friedrich Fischer, Bielefeld.



Am 6. August 1932 kann unser Kollege Friedrich Fischer, Bielefeld, auf eine 40jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Mit 18 Jahren trat er in Stuttgart dem Sattler-Verbande bei. Nach 12jährigem Aufenthalt in Stuttgart begab er sich auf Wandererschaft und landete in Ulm, wo er bei Gründung der Verwaltungsstelle zum Kassierer gewählt wurde. Ein längeres Verbleiben in Ulm war ihm nicht möglich, und er mußte sich nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen. Unser Freund hat dann Arbeit in Bielefeld bei der Firma Lohmann gefunden. In der entstehenden Reiseartikelfabrik fand er als Spezialist freudige Aufnahme bei den Kollegen sowohl wie auch bei der Firma. Leider war es dem Kollegen Fischer auf Grund eines Gehörleidens, welches bis zur völligen Taubheit führte, nicht möglich, sich so der Bewegung zu widmen, wie er es gerne getan hätte, doch ließ er selten eine Verlammlung unbeführt. Die Protokolle dienen ihm zur Orientierung. Kollege Fischer hat trotz seines schweren Leidens in diesen langen Jahren der Arbeiterbewegung das größte Interesse entgegengebracht. Die große Wirtschaftskrise verdrängte auch unseren Kollegen Fischer nicht. Nachdem er längere Zeit arbeitslos war, wurde seiner Tätigkeit im Erwerbsleben am 1. Februar durch Invalidität ein Ende gesetzt. Wir wünschen und hoffen, daß ihm nach eine Reihe von Jahren in voller geistiger und körperlicher Frische beschieden sein mögen.

gemes Verbleiben in Ulm war ihm nicht möglich, und er mußte sich nach einem anderen Arbeitsplatz umsehen. Unser Freund hat dann Arbeit in Bielefeld bei der Firma Lohmann gefunden. In der entstehenden Reiseartikelfabrik fand er als Spezialist freudige Aufnahme bei den Kollegen sowohl wie auch bei der Firma. Leider war es dem Kollegen Fischer auf Grund eines Gehörleidens, welches bis zur völligen Taubheit führte, nicht möglich, sich so der Bewegung zu widmen, wie er es gerne getan hätte, doch ließ er selten eine Verlammlung unbeführt. Die Protokolle dienen ihm zur Orientierung. Kollege Fischer hat trotz seines schweren Leidens in diesen langen Jahren der Arbeiterbewegung das größte Interesse entgegengebracht. Die große Wirtschaftskrise verdrängte auch unseren Kollegen Fischer nicht. Nachdem er längere Zeit arbeitslos war, wurde seiner Tätigkeit im Erwerbsleben am 1. Februar durch Invalidität ein Ende gesetzt. Wir wünschen und hoffen, daß ihm nach eine Reihe von Jahren in voller geistiger und körperlicher Frische beschieden sein mögen.

Hauptvorstand. Ortsverwaltung Bielefeld.

Gegen die Margarinesteuer

wendet sich auch der Zentralverband deutscher Konsumvereine in einer an die zuständigen Ministerien des Reiches gerichteten Eingabe, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Besteuerung der Margarine keineswegs zu einem erhöhten Butterverbrauch führen könne und daß die Landwirtschaft infolgedessen von dieser Steuer keinen Vorteil haben werde. Dagegen beständen aber gegen die Einführung einer Margarinesteuer starke Bedenken aus sozialpolitischen und gesundheitlichen Gründen. Es wäre unverantwortlich, den Ärmsten der Armen ihren Brotausfluß zu verteuern oder ihnen gar die Möglichkeit zu nehmen, ihren ohnehin schon schlecht ernährten Kindern so dringend benötigte Fett zu bekommen zu lassen. Gerade die Margarine wird von den ärmsten Schichten der Bevölkerung verbraucht, während andere Nahrungsmittel, wie Fleisch, Salz, Zucker usw., von allen Kreisen konsumiert werden, so daß eine steuerliche Belastung dieser Produkte nicht annähernd so unsoziale Wirkungen hat wie gerade eine Besteuerung der Margarine. Die Eingabe des Zentralverbandes bezeichnet es als eine Unmöglichkeit, daß diese Steuer niemals eingeführt werden könne, und wenn sie eingeführt werde, auch nur kurze Zeit aufrechterhalten werden könne.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Chemnitz. Vollversammlung am 16. Juli 1932. Aus dem Vierteljahresbericht des Kollegen Silbermann war ersichtlich, daß sowohl die Haupt-, als auch die Lokaltasse mit einem Minus abgegeschlossen haben. Der Mitgliederbestand hat sich hauptsächlich durch Abreise um 8 Proz. verringert. Als Delegierter ist Kollege Schulze gewählt worden. Der Kandidat der A.D., welcher nur 14 Proz. der abgegebenen Stimmen erhielt, mußte eigentlich bald einsehen, daß er in unserer Filiale auf verlorenem Posten kämpft. Kollege Schulze befahte sich in kürzeren Ausführungen mit den Anträgen zum Verbandstag. Hinweisend auf unseren Kassenbericht betonte er, daß die Anträge der Hauptverwaltung zum Statut gestellt werden müßten, um den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Kollege Rebel schloß sich diesen Ausführungen an und streifte dann noch besonders die Anträge unserer Filiale. Das Ausbleiben der in der Regel maß- und krupellosen A.D.-Vorträge wurde äußerst unangenehm empfunden. **Böhner.**

Rundschau

Bevölkerungsbewegung und Krise. Infolge der dauernd unsicheren Erwerbsmöglichkeiten dürfte sich die Zahl der Haushaltneugründungen um über 200 000 im Rückstand befinden. Doch war die Heiratsziffer 1931 mit 8,0 Eheschließungen auf 1000 Einwohner noch etwas höher als 1913. Die Steigerung ist jedoch nur auf die vollständig verdrängte Altersgliederung insgesamt zurückzuführen, während die Heiratshäufigkeit der unter 30 Jahre alten Männer unter dem Stand von 1913 liegt. Der Rückgang der Geburtenhäufigkeit hat sich weiter fortgesetzt. Die Geburtenziffer betrug 1931 nur 16 auf 1000 Einwohner gegenüber 26,9 in 1913. Die Verschärfung des Geburtenrückganges ist auf die allgemeine Notlage zurückzuführen. Die Sterbeziffer betrug 1931 nur 11,2 gegenüber 14,8 in 1913. Der Geburtenüberschuß ist auf 4,7 gegenüber 6,5 auf 1000 Einwohner im Jahre 1930 gesunken. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches bezifferte sich am 31. Dezember 1931 auf 64 776 000 Einwohner.

Die Auswanderung nach Lebersee hört auf. Die Hemmnungen, die der überseeischen Auswanderung im Wege stehen, sind dafür verantwortlich, daß trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit eine namhafte Auswanderung von Deutschland nicht mehr stattfindet. Im ersten Vierteljahr 1932 betrug die Zahl der Auswanderer nach überseeischen Gebieten insgesamt 1155 Personen gegenüber 3025 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, als die Auswanderung bereits auf ein Mindestmaß sank. Auch die Wanderungsbewegungen nach dem europäischen Festland gingen stark zurück. Infolge der Krise nimmt die Zahl der Auswanderer nach Frankreich ständig ab, und es hat den Anschein, daß auch die Auswanderung nach Rußland infolge der schweren Lebensverhältnisse in letzter Zeit erheblich herabstank.

Arbeitslose von der Rundfunkgebühr befreit.

Den eifrigen Bemühungen des Vertreters der A.D., dem Genossen Dr. Herx im Verwaltungsrat der Reichspost, ist es gelungen, die Arbeitslosen von der Rundfunkgebühr zu befreien. Bisher konnten nur diejenigen befreit werden, deren Bedürftigkeit durch den Bezug der Krisenunterstützung erwiesen war. Nunmehr sind alle Arbeitslosen, soweit sie Unterstützung beziehen, von der Gebührensatzung befreit. Die amtliche Mitteilung hierüber lautet wie folgt:

„Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Postämter die Rundfunkgebühren unter den bisherigen Bedingungen auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weitergewährt wird. — Ferner dürfen die Postämter Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung.“

Resultat der Stichwahlen zum Verbandstag in Stuttgart.

Angültigen Stimmen wurden abgegeben:
Im 1. Wahlkreis, Berlin: 338 Stimmen. Davon erhielten Hohls 202, Strauß 173, Schütze 141

und Schröder 136 Stimmen. Gewählt ist Hohls und Strauß.

Im 5. Wahlkreis, Hamburg: 117 Stimmen. Davon erhielten Witten 67 und Suhr 50 Stimmen. Gewählt ist Witten.

Im 10. Wahlkreis: 251 Stimmen. Davon erhielten Juhnke in Brandenburg 11, in Drossen 13, in Frankfurt 15, in Grünberg 10, in Landsberg 47, in Luckenwalde 5, in Müllrohe 16, in Rotsdam 9 und in Zehdenitz 17, zusammen 143 Stimmen; Baumgart in Brandenburg 3, in Kottbus 21, in Drossen 1, in Finsterwalde 4, in Glogau 7, in Guben 3, in Liegnitz 39, in Neuruppin 10, in Riesty 6, in Rathenow 7, in Zossen 7, zusammen 108 Stimmen. Gewählt ist Juhnke.

Im 16. Wahlkreis: 317 Stimmen. Davon erhielten Bohl in Allendorf 56, in Düsseldorf 2, in Kassel 124, zusammen 182 Stimmen; Berger in Düsseldorf 36, in Essen 69, in Muppertal 30, zusammen 135 Stimmen. Gewählt ist Bohl.

Im 18. Wahlkreis: 436 Stimmen. Davon erhielten Riegel in Heilbronn 29, in Konstanz 10, in Kuppenheim 19, in Mainz 102, in Reutlingen 1, in Ulm 45, in Wiesbaden 16, zusammen 222 Stimmen; Reibig in Fahrenau i. B. 11, in Heidelberg 13, in Karlsruhe 9, in Kuppenheim 9, in Mannheim 164, in Reutlingen 8, zusammen 214 Stimmen. Gewählt ist Riegel.

Im 20. Wahlkreis, Nürnberg-Erlangen: Gewählt ist Schmitt.

Der Hauptvorstand.

J. A. Friedrich Gerhardt.

Bücherchau

Im Süddeutschen Verlagshaus W. m. S. Stuttgart, Siedemannstraße 44, sind erschienen:

Das Motorrad. Gründlich kennenlernen — richtig behandeln — gut fahren. Praktisches Motorrad-Lehrbuch. Von Werner Gräff. Mit 40 Bildern auf Kunstdruckstein. Preis 1,10 RM.

Gedächtnis- und Willensübung. Eine neuartige Trainingslehre mit praktischen Anwendungen. Von Professor Dr. J. W. Bormann. Preis 1,10 RM.

Sicher und schnell Autofahren. Erhöhte Sicherheit durch Selbstunterricht. Der praktische Ratgeber für schwierigere Situationen: Fahren bei Nacht — Bergfahren — Wenn der Wagen schleudert — Fahren unter schwierigen Umständen — usw. Systematische Übungen. Von Werner Gräff. Mit 30 Bildern auf Kunstdruckpapier. Preis 1,10 RM.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 1. August bis zum 7. August ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Auf eine fünfundschwanzigjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation können zurückblicken:

Name	Beruf	Eingetreten
Carl Gams,	Portefeuller,	2. 7. 1907
Lutterbeck, Leopold,	Sattler	30. 9. 1905
Frankfurt a. M.:		
Ludwig Bauer,	Sattler,	8. 9. 1907
Karl Fischer,	Portefeuller,	2. 7. 1907
Rudolf Kneemüller,	Sattler,	12. 4. 1907
Ernst Wenzel,	Tapezierer,	16. 2. 1907
Philipp Roth,	Sattler,	12. 6. 1907
Georg Sahl,	Portefeuller,	18. 4. 1907
Heinrich Schäfer,	Sattler,	1. 1. 1907
Adolf Walter,	Portefeuller,	8. 7. 1907

Veranstaltungskalender

Magdeburg, Freitag, den 19. August, bei Brunom, Braunehirschstraße. Generalversammlung. Bericht vom Verbandstag. Renewal des Kassierers.

Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Kratom. Vorsitzender: Martin Schröder, Weberstraße 29. Kassierer: Hermann Marien, Goldbergstraße 43.

Sterbetafel

Breslau. Am 20. Juli starb unser Kollege Adolf Kerber, Tapezierer, im Alter von 52 Jahren.

Ehre seinem Andenken!